

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei E. H. Mrici & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Gräg bei F. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.
Zweiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Paub & Co.,
Haafenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Gölitz
beim „Invalidentank“.

Nr. 731.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonnabend, 18. Oktober.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaaltene Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1879.

Amtliches.

Berlin, 17. Oktober. Der König hat geruht: dem Ober-Bergrath
Siemens zu Clausthal den Charakter als Geheimer Berg-Rath zu
verleihen.

Dem kaiserlichen Konful Karl Wilhelm Diehl in Montevideo
ist auf seinen Antrag die Entlassung aus dem Reichsdienste ertheilt
worden.

Dem Notar Albert Deß zu Mülhausen ist die nachgesuchte Ent-
lassung aus dem elsäß-lothringischen Justizdienste ertheilt.

Politische Uebersicht.

Posen, 18. Oktober.

Unser Kronprinz begeht am heutigen Tage seinen
achtundvierzigsten Geburtstag. Er verlebte den Tag fern von der
Heimath, aber inmitten seines Familienkreises am Gestade des
mittelländischen Meeres, und bei ihm weilen die Gedanken des
deutschen Volkes. Schon einmal traf ihn der 18. Oktober außer-
halb der Grenzen der deutschen Heimath; es war im Jahre 1870,
wo er an der Spitze seiner Waffengenossen das Schwert gezogen
hatte zum Schutze des bedrohten Vaterlandes. Schwere Wochen
waren es, die er damals durchlebte, und auch heute wirft die
Erinnerung an trübe Stunden des lehtverfloffenen Jahres in
der kronprinzlichen Familie ihre Schatten auf diesen
Tag. Es wird in einigen Blättern daran erinnert, daß am
heutigen Tage 30 Jahre verflossen sind, seitdem Kronprinz
Friedrich Wilhelm nach dem hohenzollernschen Hausgesetze die
Großjährigkeit erreichte. Damals antwortete der achtzehnjährige
Prinz auf eine ihm überreichte Adresse: „Ich bin zwar noch sehr
jung, aber ich werde mich zu meinem hohen Berufe mit Ernst
und Liebe vorbereiten und mich bestreben, einst die Hoff-
nungen zu erfüllen, welche mir dann als Pflicht von
Gott auferlegt werden.“ — Die inzwischen verflossenen drei
Jahrzehnte haben viel in den Gesichten unseres Vaterlandes und
Manches gewiß auch an den damals herrschenden Anschauungen
und Ueberzeugungen geändert; eins aber ist geblieben: das
feste Vertrauen auf den mit „Ernst und Liebe“ erfüllten
Herrscherberufe des Hohenzollernhauses, dessen Bürde den
Kronprinzen dereinst unter Verhältnissen zufallen soll, die von
den Zuständen in seinen Jünglingsjahren so tief und wesentlich
verschieden sind. Fest hält die Nation an dem Glauben, daß
diese Zukunft einst die „Hoffnungen erfüllen wird“, die dem acht-
zehnjährigen Prinzen in ernstem und liebevollem Streben bei jenem
Gelübde vorschwebten und die für den gereiften Fürsten sicher
schon jetzt ein Gegenstand steter Fürsorge sind.

Der Kultusminister v. Puttkamer hat, wie bereits kurz
gemeldet, die bereits vollendete Simultanisirung der
elbinger Knabenschulen definitiv rückgängig gemacht.
Nach den Meldungen über den Empfang der elbinger Deputa-
tion kommt dieses Definitivum überraschend schnell. Der Mini-
ster hatte darnach eine nochmalige Prüfung des Falles zugesagt
und die Einreichung einer Denkschrift verlangt. Das geschah am
letzten Sonnabend, 11. Oktober. Nur zwei Tage später, am
Montage, war die Sache bereits erledigt, wie die nachstehende,
von der „Germ.“ mitgetheilte Verfügung der Danziger Regie-
rung beweist:

Königliche Regierung. Danzig, den 13. Oktober 1879.
Abtheilung des Innern. Journal-N. G. 1948/10.

Auf Ihre Vorstellung vom 5. Februar d. J. hat der Herr Minister
für geistliche, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten unter dem
9. d. entschieden, daß für die von den städtischen Behörden beschlossene
Umwandlung der katholischen dritten Knabenschule in eine paritätische
Schulanstalt die Staatsgenehmigung nicht zu ertheilen. Sie werden
von dieser Entscheidung hierdurch im Auftrage des Herrn Ministers in
Kenntniß gesetzt.

An den Wagenfabrikanten Herrn N. und
Genossen in Elbing. gez. Zimmermann.

Es bleibt danach nur übrig anzunehmen, daß die elbinger
Deputation die Eröffnungen des Kultusministers unrichtig auf-
gefaßt hat. Die danziger Regierung wäre wohl nicht
ohne Anweisung geblieben, wenn der Kultusminister in der
That die nochmalige Prüfung des Falles an der Hand einer von
der elbinger Stadtbehörde erst noch einzufendenden Denkschrift
beabsichtigte.

Die „Post“ schreibt: „Die liberalen Blätter greifen den
Herrn Oberpräsidenten Dr. Achenbach jetzt deshalb an, weil
er sich für konfessionelle Schulen ausgesprochen hat. Wir
brauchen dem gegenüber bloß darauf hinzuweisen, daß das
offizielle Programm der freikonservativen
Partei sich 1870/71 ausdrücklich für konfessionelle
Schulen erklärt hat und nur mittlere und hohe Schulen der
Regel nach paritätisch sein lassen. Der staatliche Charakter
der Schulen wird ja dadurch überhaupt nicht beeinträchtigt.“

Nach einer der „N.-Z.“ zugegangenen Privat-Depesche aus
Hannover hat Herr v. Bennigsen, im Gefühle seiner durch
die gegenwärtige politische Lage begründeten Verantwortlichkeit,
sich entschlossen, das Mandat für das Abgeordnetenhaus anzu-
nehmen. Die freikonservative „Post“, welche heute eine solche

Eventualität bespricht, schließt ihre Ausführungen folgender-
maßen:

„Wir würden einen Entschluß des Herrn v. Bennigsen, wieder in
das Abgeordnetenhaus einzutreten, als ein erfreuliches Zeichen für die
nächste Gestaltung der politischen Situation begrüßen, weil mit seiner
Rückkehr in das Parlament die politische Einheit und Mäßigkeit in
der Führung der nationalliberalen Partei mächtig gestärkt, bezw. zur
Herrschaft gebracht werden würde.“

Vielfach heißt es, die Landtagsession werde diesmal sehr
kurz ausfallen. Zieht man indessen die zahlreichen Vorlagen in
Betracht, die es zu erledigen giebt, so wird sich eher die Be-
fürchtung aufdrängen, daß die Session über die Maßen lang
werden wird. Da ist vor Allem der Staatshaushalt, und der
Gesetzentwurf über die Verwendung der „Reichsüberschüsse“. Das
Ministerium des Innern wird die Novelle zum Kompetenzgesetz
und die Vorlage über Reorganisation der oberen Verwaltungs-
behörden befeuern, das Justizministerium vielleicht — die Be-
rathungen schweben noch — Vorschläge zur Revision des Sub-
stitutionsgesetzes. Aus dem landwirthschaftlichen Ministerium
erwartet man einige Vorlagen, die schon unter Dr. Friedenthal
ausgearbeitet worden, so ein Gesetz über das Verfahren bei den
Ausseinerseztungs-Behörden in Gemäßheit der neuen Justiz-
gesetze, ferner ein Feld- und Forstpolizeigesetz und möglicherweise,
wenn es noch fertig wird, ein Jagdpolizeigesetz, sowie auch ein
Gesetz über Waldtheilungen. Dazu kommen aus dem Mini-
sterium für öffentliche Arbeiten die Eisenbahnvorlagen und die
Denkschrift über Ausdehnung des Kanalwesens. Daß es endlich
ohne Anträge und Interpellationen aus dem Hause selbst, sowie
an den üblichen Petitionen von allen Seiten her nicht fehlen
wird, liegt auf der Hand; die verehrten Herren Abgeordneten
brauchen also nicht zu fürchten, daß sie nicht Arbeit genug vor-
finden werden.

Ueber den Stand der Vorberathungen bezüglich des Ent-
wurfs eines Strafvollzugsgesetzes macht man der
„N. Ztg.“ folgende unerfreuliche Mittheilungen: „Schon vor
Abfassung des Entwurfes war geltend gemacht worden, daß die
Ausführung des Gesetzes allein für Preußen einen Kostenauf-
wand von 30 Millionen Thlr. (90 Millionen Mark) erforderlich
machen würde. Jetzt hat auch die bairische Regierung festgestellt,
daß für Baiern eine Summe von 19 Millionen Mark (also über
6 Millionen Thaler) aufzubringen sein werde u. s. f. Nun ist
freilich, und nicht ohne Erfolg, darauf hingewiesen worden, daß
dies Geld nicht auf einmal herzugeben sei, sondern von vorn
herein für die völlige Durchführung des Gesetzes mit den im-
mensen Neubauten z. ein Zeitraum von etwa 20 Jahren in
Aussicht genommen wäre und doch zu bedenken sei, daß jeder
Staat alljährlich nicht un erhebliche Aufwendungen auf Reno-
virung und Neubau von Gefängnissen zu machen und diese
Kosten für die Frage in Rede in Anschlag zu bringen habe. In-
zwischen wurden aber auch weitere Bedenken erhoben, die den
stets heißen Punkt der Reichs- und Landeskompetenz betreffen
und vielleicht schwieriger zu beschwichtigen sind. Die Reichsregie-
rung stützt sich darauf, daß sie in der Vorlegung des Entwurfes
einem Verlangen der Volksvertretung Rechnung trage, welches
zuerst im Reichstage des norddeutschen Bundes und seitdem im
Reichstage wieder und immer wieder erhoben worden und dessen
Durchführung ohne finanzielle Opfer nicht möglich ist. Nach
dem heutigen Stande der Dinge ist das Zustandekommen des
Entwurfes fraglich.“ Daß nach einer erheblichen Vermehrung
der Steuern die Mittel fehlen, um Vorschriften durchzuführen,
welche einen gedeihlichen Erfolg der Strafrechtspflege sicher stellen
sollen, ist eine unerwartete Ueberraschung.

Die Heße der „Germania“ gegen den Generalsuper-
intendenten Dr. Brückner ist überaus erheitend. Das Blatt
will denselben „wegen Beschimpfung der katholischen Religion“
vor Gericht gestellt wissen, weil er in seiner anlässlich der
Generalsynode gehaltenen Predigt u. A. gesagt hatte:

„Für die Freiheit des Christenmenschen tritt er (Petrus) ein. Die
Zeiten wandeln sich und das knechtische Joch wandelt sich auch. Die
Geschichte zeigt, daß nicht allein die Zeiten der scholastischen Verkörpe-
rung, sondern auch die Zeiten der vernünftigen Aufklärung zum
knechtischen Joch für Generationen geworden sind. Auch heut zu Tage
haben wir es nicht bloß mit dem irrenden Glauben zu thun, der das
Joch des Gesetzes uns auflegen will, sondern wir haben es vor Allem
mit dem nackten Unglauben zu thun, der auch das sanfte Joch Christi
abschütteln will. Es macht im Grunde wenig Unterschied,
ob man sich der Unfehlbarkeit des römischen Stuhles
unterwirft, oder ob man sich zum Sklaven der öffent-
lichen Meinung erniedrigt, als ob diese unfehlbar
wäre; ein knechtisches Joch ist das Eine wie das
Andere. Es macht auch wenig Unterschied, ob man sich binden läßt
durch menschliche Satzungen der Vorzeit oder durch den wechselnden
Geist der Neuzeit; ein knechtisches Joch ist das Eine wie das Andere.
Es macht im Grunde auch wenig Unterschied, ob man im Beicht-
stuhl die Gewissen knechtet, oder ob man durch Schlagworte
die Gewissen verwirrt; ein knechtisches Joch ist das Eine, wie das
Andere. Was es auch sein mag, allem gegenüber, was irgendwie die
Freiheit des Christenmenschen auf dem Gebiete der religiösen Ueber-
zeugung beeinträchtigen kann, sagen wir: nur kein knechtisches Joch
auf der Jünger Halse! Freilich, das Christenthum hat eine Seite, nach
welcher hin es die tiefste, die allertiefste Gebundenheit ist. Das Christen-
thum ist mit mehr als magnetischen Banden an seinen Heiland gefettet;
es kann nicht sein ohne ihn, es kann auch nicht los von ihm. Daraus

quilt denn jene edle Gewissenhaftigkeit, die immer fragt: Was ist
des Herrn Wille? Daraus die heilige Scheu, sich nicht dieser Welt
gleichzustellen u. s. w.“

Wir denken, man kann sich noch ganz anders, noch viel
strenger und abfälliger über die Unfehlbarkeit und das Institut
der Ohrenbeichte äußern, ohne darum schlimmere Anfechtungen
als die Wuth der „Germania“ gewärtigen zu müssen. Im
Uebrigen giebt der Zorn dem ultramontanen Blatte allerhand
Gefunkel ein. So behauptet dasselbe, die Katholiken müßten
die Kosten der Generalsynode mit tragen. Diese Kosten aber
werden aus einem durch die Beiträge der Provinzialsynodal-
Kassen gebildeten kirchlichen Fonds bestritten. Arg ver-
galloppirt hat sich freilich die „Tribüne“, welche behauptet, die
„Germania“ wolle Dr. Brückner vor den kirchlichen Ge-
richtshof ziehen, wie wir gestern ihr nachdruckten. Der Staats-
gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten hat mit Klagen gegen
einzelne Geistliche gar nichts zu thun, sondern mit Verurtheilun-
gen gegen Entscheidungen der kirchlichen Behörden,
welche eine Disziplinarstrafe über Kirchendiener
(Geistliche, Küster u. dgl.) verhängt haben. Erst wenn von
katholischer Seite die Worte des Herrn Generalsuperintendenten
auf dem Disziplinarwege anhängig gemacht würden und
hier von der protestantisch-kirchlichen Behörde ein Disciplinar-
erkenntniß erginge, welches Herr Brückner auf Grund des Ge-
setzes über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung
des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten
glaubte aus formellen oder materiellen Gründen anfechten zu
können — erst dann könnte der kirchliche Gerichtshof über-
haupt mit der Angelegenheit sich zu befassen haben. In der
That ist in dem fraglichen Artikel der „Germania“ auch gar
nicht von dem kirchlichen Gerichtshofe, sondern von den Ge-
richtshöfen im Allgemeinen die Rede gewesen.

Die von manchen Seiten ausgesprochenen Erwartungen auf
das Zustandekommen einer Zollunion zwischen Deutsch-
land und Oesterreich-Ungarn oder gar eines mittel-
europäischen Zollvereins dürften durch die jüngsten Auslassungen
der „Nordd. Allg. Ztg.“ wesentlich herabgestimmt werden. Das
offizielle Blatt bringt an leitender Stelle ein ihr vom Rhein
aus sachmännischen Kreisen zugegangenes Schreiben über die
Frage der wirtschaftlichen Annäherung von Deutschland, Oester-
reich-Ungarn und Frankreich zum Ausdruck und widmet ihm
einige Worte der Anerkennung, hebt dann aber selbst mit Nach-
druck die der Verwirklichung eines solchen Projektes entgegen-
stehenden Hemmnisse hervor. In erster Linie erinnert es an die
Wahrung der Interessen der Landwirtschaft; überhaupt scheint
ihm eine vollständige Zolleinigung unthunlich und selbst die Ge-
währung gegenseitiger Bevorzugungen in den Zollsätzen aus po-
litischen Gründen gegenüber anderen Staaten ausgeschlossen.

„Dagegen“, fährt er fort, „giebt es andere Momente: als Fracht-
tarif des Eisenbahnen und einheitliche Gestaltung der Tarife, sowie
einen gegenseitigen Rechtsschutz, Uebereinstimmung der sozialen und ge-
werblichen Gesetzgebung, besonders aber eine einheitliche Münz- und
Bankordnung, welche geeignet sind, die wirtschaftliche Annäherung
der drei Gebiete in jedem einzelnen wie im allgemeinen Interesse höchst
wünschenswerth erscheinen zu lassen. Der Frachttarif ist manchmal für
den Verkehr zweier Nationen viel wichtiger als der Zolltarif, ein vor-
handener Rechtsschutz nicht minder, wie auch die Wahrung und Ban-
kordnung den Verkehr zwischen zwei wirtschaftlichen Gebieten weit mehr
wie alles Andere beeinflussen können.“

Die Bedeutung der hier berührten Verhältnisse für den in-
ternationalen Verkehr liegt, so äußert sich zum Obigen die
„Freihandels-Korresp.“, auf der Hand, aber wie gerade eine
neue Regelung dieser Verhältnisse durch vertragmäßige Ab-
machungen mit Oesterreich den Ausgangspunkt für eine neue
Entwicklung des wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Deutschland
und Oesterreich bilden sollte, ist nicht abzusehen. Die Regelung
der internationalen Eisenbahntarife ist bereits durch den gegen-
wärtig noch bestehenden provisorischen Handelsvertrag erfolgt;
über den gegenseitigen Rechtsschutz stehen, wie neuerdings berich-
tet wurde, besondere Abmachungen in Aussicht, die aber immer-
hin für eine wirtschaftliche Annäherung nur von sekundärer
Wichtigkeit sein können; eine Vereinbarung über die Währungs-
verhältnisse zwischen Deutschland, welches sein Münzwesen erst
kürzlich neu geregelt und befestigt hat, und dem an einer ent-
wertheten, veränderlichen Valuta laborirenden Oesterreich kann
doch kaum in Frage kommen, wenigstens muß jeder Gedanke
daran nur den hohen Werth, welchen die Selbstständigkeit im
Münzwesen für jeden Staat besitzt, in das rechte Licht stellen.
Das deutsch-österreichische Bündniß auf wirtschaftlichem Gebiet
müßte also ein sehr beschränktes bleiben, wenn es sich nicht noch
auf andere Gebiete erstreckte, als jetzt die „Nordd. Allg. Ztg.“
ansieht.

Die „Patrie“ erhielt aus Berlin „von einem ihrer
Freunde, der in der Lage ist, gut unterrichtet sein zu können“,
eine Mittheilung, der zufolge die Sozialisten in Berlin,
Breslau, Leipzig, Hamburg, München und
Stuttgart Versammlungen abhielten, um einen Gedanken-
austausch über die jetzige Lage in Frankreich zu
veranlassen; die Sozialisten in Leipzig, Breslau und München

fanden die Fortschritte des Sozialismus in Frankreich so bemerkenswerth, daß eine Adresse an die französischen Brüder beschlossen wurde, deren Grundgedanken folgendermaßen lauten sollen: Die deutschen Demokraten können leider nur Wünsche für den endlichen Sieg der sozialen Republik in Frankreich aussprechen, hoffen jedoch, daß die französische Demokratie nach ihrem Siege wirksam ihren Brüdern im Auslande zu Hülfe kommen werde, die noch unter dem Joche schmachten, namentlich aber den deutschen Proletariern; sobald die soziale Republik in Frankreich begründet worden, kann sie nur Dauer haben, wenn ganz Europa sich baldigt derselben Segnungen wie Frankreich erfreut. Die Adresse soll zugleich die französischen Sozialisten vor dem bürgerlichen Elemente warnen, das sich in ihre Reihen einschleichen könnte, und sie soll mit einem Hoch auf die vereinigten demokratischen sozialen Republiken Europas schließen.

Die „Correspondance Havas“ bringt folgende Mittheilung: „Vor einiger Zeit schon richtete die französische Regierung ihr Augenmerk auf die Lage des Geldmarktes wegen der großen Anzahl neuer Geschäftsgründungen. Sie hielt es für nützlich, die Bürgschaften zu vermehren, welche das Publikum vom Staate das Recht zu fordern hat, ohne sich auch irgendwie in die Privatangelegenheiten zu mischen. Die Regierung soll erkannt haben, daß diese Bürgschaften in einer Revision des Gesetzes von 1867 betreffs der Finanzgesellschaften zu suchen seien. Der von den Ministern der Finanzen und der Justiz gegenwärtig vorbereitete Entwurf wird wahrscheinlich bei Beginn der Session dem Senat vorgelegt werden. Es wird sich dabei vornehmlich darum handeln, Gründungen mit fiktivem Kapital durch fiktive Beiträge oder durch fiktive Erhöhung der Titel zu verhindern, indem man neue Vorschriften für die Fälle, die das Gesetz von 1867 nicht vorausah u. die in der letzten Zeit durch die Lage des Marktes an den Tag treten, in Vorschlag bringt. Einige dunkle Punkte des Gesetzes von 1878, die zu widersprechenden Urtheilen der Gerichte führten, werden gleichfalls durch den Entwurf näher bestimmt.“

Die Idee einer kommerziellen Vereinigung zwischen den europäischen Staaten wird von verschiedenen französischen Blättern erörtert. Der „Moniteur“ wiederholt, daß vor der Herausgabe Elsas-Lothringens von irgend einer Allianz Frankreichs mit Deutschland nicht die Rede sein könne. Die „Liberté“ dagegen erklärt, eine kommerzielle Vereinigung würde sich mit dem Patriotismus durchaus vertragen.

Das „Journal des Debats“, eines der bedeutendsten republikanischen Organe, tritt neuerdings — ähnlich wie die „Rep. Fr.“ — ebenfalls für die volle Amnestie ein. Das betreffende Organ bestätigt die Meldung, daß die Wahl Humbert's für ungültig erklärt werden soll. Doch wird nicht die Regierung selbst dies thun, sondern die Sache bleibt dem Seine-Präsidenten Herold überlassen. Derselbe wird die Bestimmung des Artikels 5 des Gesetzes vom 7. Juli 1874 geltend machen, derzufolge man sechs Monate in einer Gemeinde domiciliert haben muß, um wählbar zu sein. „Der Präfekt“, sagt das „Journal des Debats“, „will mit diesem Schritte nur seine Pflicht erfüllen, hat aber keineswegs die Absicht oder den Glauben, eine definitive Wahl des Communards, der binnen einigen Monaten nichts mehr im Wege stehen würde, zu hintertreiben.“ Diese letztere Erklärung ist charakteristisch für die Stellung des Seine-Präsidenten, der bekanntlich ein Schützling und Freund Gambetta's ist.

Die belgischen Bischöfe haben bekanntlich jeden exkommuniziert, der sich dem neuen Schulgesetz ihres Landes anschloß, und der Erfolg war, daß 87 pCt. der Lehrer und Lehrerinnen sich nicht um die Exkommunikation kümmerten. Das hat dem Vatikan zu denken gegeben und der heilige Vater hat den bisherigen Nuntius Rametelli gebeten, vorläufig auf seinen Posten zu bleiben und möglichst nachgiebig aufzutreten. Man fürchtet, daß sonst die belgische Gesandtschaft beim heiligen Stuhl aufgeben werden könnte.

Die Sonntagsfrage vor der Generalsynode.

Die Sonntagsfrage gehört unzweifelhaft zu einer der wichtigsten, welche unsere Zeit bewegen. Sie hat nicht bloß für das kirchliche, sondern auch für das soziale Leben die weitreichendste Bedeutung, und als ein großer Fortschritt in der Behandlung dieser Frage ist es, wie die „Magdeb. Ztg.“ mit Recht hervorhebt, zu bezeichnen, daß die Sonntagsruhe nicht mehr in erster Linie als eine gottesdienstliche Pflicht, sondern vor Allem als ein heiliges, unveräußerliches Recht der Christenheit, ja als eine Forderung der Humanität aufgefaßt wird. Der Staat und die bürgerliche Gesellschaft haben nicht minder wie die kirchliche Gemeinschaft das lebhafteste Interesse daran, daß dem Sonntag sein Recht gewahrt werde und daß in Sonderheit Alles, was die öffentliche Ruhe desselben stört, von ihm fern gehalten werde. Wir freuen uns, anerkennen zu dürfen, daß diese Gesichtspunkte auch bei den Verhandlungen der Generalsynode über diesen Gegenstand in den Vordergrund gestellt worden sind.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß die Generalsynode der Verführung nicht widerstanden hat, neben dem Antrag des Referenten auch den gegen die Fortbildungsschule gerichteten anzunehmen, bei deren Abhaltung am Sonntage von einer öffentlichen Störung der Sonntagsruhe nicht die Rede sein kann. Auch wir halten eine Verlegung derselben auf die Wochentage da, wo die Verhältnisse es irgend gestatten, für wünschenswert, aber wo dies nicht der Fall ist — und das wird fast durchweg von den eigentlichen Fabriksdistrikten gelten — da sollte man der Abhaltung der Fortbildungsschulen am Sonntag Vormittag keine Hindernisse in den Weg legen. Eine zwangsweise Aufhebung des Fortbildungsunterrichts am Sonntag Vormittag wird schwerlich dem regeren Besuche des Gottesdienstes zu gute kommen, sondern weit eher dem um so zahlreicheren Wirtshausbesuch seitens der betreffenden jungen Leute

Vorschub leisten. Neue Zeiten fordern auch von der Kirche neue Wege und Mittel zur Erhaltung des kirchlichen Lebens. Richte man lieber da, wo die Verhältnisse keine andere Zeit als den Sonntag Vormittag für die Fortbildungsschule übrig lassen, den Gottesdienst so ein, daß den zum Besuche der Fortbildungsschule verpflichteten jungen Leuten die Theilnahme an demselben möglich wird, z. B. durch Einrichtung eines auf diese besonders berechneten Frühgottesdienstes.

Noch bedenklicher erscheinen uns die in der Diskussion gefallenen Aeußerungen über Gewerbe- und Kunstausstellungen. Die wohlhabenden Klassen haben freilich meistens Zeit, solche Ausstellungen auch an Wochentagen zu besuchen, und sie werden es von selbst lieber thun, als gerade am Sonntage. Wenn man aber den arbeitenden Klassen, ja, auch dem Handwerkerstande und den meisten Mitgliedern des Kaufmannsstandes die in solchen Ausstellungen ihnen gebotene Gelegenheit zur Erweiterung ihrer Bildung und ihrer Kenntnisse nicht völlig abschneiden will, so darf man ihnen am Sonntage, dem einzigen Tage, der ihnen die nöthige Zeit hierfür läßt, den Zutritt zu denselben nicht erschweren. Es wäre nicht bloß eine Härte gegen diese Klassen der Bevölkerung, sondern auch eine beschränkte Gesetzgebung, die mit dem Wesen des deutschen Sonntags im Widerspruch steht, wenn man der Benutzung des Sonntags zum Besuche solcher Ausstellungen Schwierigkeiten bereiten wollte.

Etwas ganz Anderes ist es mit dem ebenfalls zur Sprache gebrachten Wettrennen. Die an dem Sport beteiligten Kreise der Gesellschaft haben dafür auch an Wochentagen ausreichende Zeit.

Dagegen schießen unseres Erachtens die auf Beschränkung des Eisenbahndienstes gerichteten Anträge über das Ziel hinaus, namentlich soweit es sich dabei um die Extra-Bergnügungszüge an den Sonntagen handelt. Hunderte von Familien aus den größeren Städten, die doch auch einmal ins Freie hinaus eilen, die auch einmal „der Straßen quetschende Enge“ hinter sich lassen wollen, können das wiederum nur am Sonntag bewirken, und es ist ein unevangelisches Pharisäerthum, ihnen das verargen zu wollen, zumal ja doch die Einzelnen im Laufe eines Sommers wohl selten mehr als einmal an solchen Ausflügen theilhaftig sind. Worauf man hinzuwirken und wofür man mit allen Kräften einzutreten hat, das ist nicht die Abstellung der Bergnügungszüge am Sonntag, sondern die Vermehrung des Dienstpersonals der Eisenbahnen, damit diesem durch eine richtig geregelte Ablösung wenigstens alle vierzehn Tage ein freier Sonntag gewährt werde. Wir werden uns herzlich freuen, wenn in dieser Beziehung der Appell der Generalsynode an das Gewissen des Staates und seiner Behörden von Erfolg ist, wie wir ebenso in Betreff der Güterzüge, soweit es der Verkehr gestattet, im Interesse des Eisenbahnpersonals eine Verminderung am Sonntag für wünschenswert halten würden.

Sehr beachtenswerth war endlich, wie die „Magdeb. Ztg.“ hervorhebt, die Hinweisung des Referenten Baur auf so manche seitens der Militärbehörden stattfindende Störung der Sonntagsruhe. Wir rechnen dahin nicht bloß die Kontrollversammlungen, die doch am Ende nur in längeren Fristen einmal vorkommen, sondern vielmehr so manchen sogenannten kleinen Dienst, zu dem bei der stehenden Truppe der Sonntag verwendet wird. Es giebt noch immer so manchen Kompagniechef, der den Sonntag nicht richtig verwendet zu haben vermeint, wenn er nicht irgend eine Stiefel- oder Kleidermusterung an demselben vorgenommen oder die Mannschaften der Kompagnie sonst in stundenlangem Appell in Anspruch genommen hat; und wenn sie der Kompagniechef damit verschont, so sieht sich vielleicht der Feldwebel veranlaßt, für eine derartige Sonntagsunterhaltung Sorge zu tragen. In allen diesen Hinsichten bringen wir dem Botum der Synode unsere vollste Sympathie entgegen. Aber nur keine gesetzlich erzwungene Sonntagsfeier nach englischem Muster, nur keine Ershwerung auch solcher Sonntagsruhe, die, weit entfernt eine Entheiligung der Sonn- und Feiertage zu sein, vielmehr zur sittlichen und geistigen Selung und Förderung ganzer Volksklassen wesentlich beiträgt!

Briefe und Zeitungsberichte.

Berlin, 17. Oktober.

Ueber die Ankunft des Kronprinzen in Pegli entnehmen wir einer Korrespondenz der „Opinione“ daß Se. kaiserl. Hoheit mit der Kronprinzessin und dem Prinzen Wilhelm und einem kleinen Gefolge am 12. Nachmittags 3 Uhr 47 Minuten dort eingetroffen ist. Da der Kronprinz als Graf von Lingen reist und den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, das Infognito strengstens zu bewahren, so fand weder ein offizieller noch offiziöser Empfang statt. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung am Bahnhofe waren nur einige Polizeimannschaften und Karabinieri anwesend. Der Bahnhof war aber den fürstlichen Gästen zu Ehren geschmückt und der Bürgermeister von Pegli, Marchese Durazzo, Eigentümer der berühmten Villa Pallavicini, glaubte dieselben mit einer Ansprache begrüßen zu müssen, doch ehe er dazu kam, hatte der Kronprinz seiner Gemahlin den Arm gegeben und sich an den den Sindaco mit den Worten gewandt: „Vous saurez, monsieur le maire, que je ne suis ici que le comte de Lingen“ (Sie werden wissen, Herr Maire, daß ich hier nur der Graf von Lingen bin). Dadurch wurde die beabsichtigte Sympathie- und Ergebenheitsdemonstration vereitelt. Der Kronprinz wechselte mit einzelnen Anwesenden einige freundliche Worte und grüßte die kleine Gruppe Neugieriger, welche auf dem Perron zugelassen war, in leutseliger Weise. Vor dem Stationsgebäude stand die Menge dicht gedrängt in musterhafter Ordnung und begnügte sich, den Prinzen und die Prinzessin mit stummen Grüssen und Zeichen der Sympathie zu bewillkommen. Der Weg von dem Eisenbahnhof nach dem Garten des Grand Hotel de la Méditerranée, wo die fürstlichen Gäste Quartier genommen haben, ist nur kurz. An der Gartenpforte erwarteten die Prinzessinnen Viktoria, Sophie und Margarethe, welche vier Tage früher in Pegli eingetroffen waren, die Ankunft der Eltern, welche ihre Kinder zärtlichst umarmten. Für die kronprinzliche Familie und Gefolge sind 40 Zimmer im Hotel gemiethet worden. Der Korrespondent der „Opinione“ kam sein Erstaunen nicht unterdrücken über die Einfachheit der Ausstattung des kronprinzlichen Schlafgemachs und derjenigen, in welchen die Prinzessinnen schlafen. Aber noch größer war sein Erstaunen und das der guten Einwohner von Pegli, als die kronprinzliche Familie mit Ausnahme des

Prinzen Wilhelm, nur von einem Diener gefolgt in Reifelleibern zu Fuß, incredible dicta, wie der Korrespondent ausruft, die Straße entlang gingen und, gerade als ob sie keine Fürsten wären, ganz familiär die Gräße der erstaunten Passanten erwiderten und die Kühnheit soweit trieben, einige Höfer und Arbeiter anzureden. Les dioux s'en vont; die Götter verschwinden — schließt der Korrespondent, dem als Italiener die Idee des Spazierengehens überhaupt, aber namentlich bei Fürsten unbegreiflich ist.

Die „B. Z.“ berichtet, der Vorstand der jüdischen Gemeinde in Berlin habe beschlossen, gegen Herrn Stöckers Angriffe wider das Judenthum nicht gerichtliche Hülfe zu suchen, weil man der Ansicht war, daß die Staatsanwaltschaft aus eigener Initiative sich dieses Gegenstandes bemächtigen würde, falls in dem Auftreten des Herrn Hofpredigers Verstöße gegen das Strafgesetzbuch gefunden werden könnten. Dagegen soll die Repräsentanten-Versammlung sich dahin schlüssig gemacht haben, durch den Mund eines hochangesehenen, auch der städtischen Verwaltung angehörigen Vorstandsmitgliedes in persönlicher Audienz dem Kaiser die Sachlage vorzustellen und von dieser Stelle die Inhibirung dieser den Frieden der Bevölkerungsklassen gefährdenden Agitationen, die sich am wenigsten für einen Hofprediger geziemen, zu erbitten.

Die „Böf. Ztg.“ schreibt: „Die Vorsteher von Vereinen, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken, sind nach § 2 der Verordnung vom 11. März 1850 verpflichtet, Statuten des Vereins und das Verzeichniß der Mitglieder binnen 3 Tagen nach Stiftung des Vereins, und jede Aenderung der Statuten oder der Vereinsmitglieder binnen 3 Tagen, nachdem sie eingetretten ist, der Ortspolizeibehörde zur Kenntnignahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen. Die Ortspolizeibehörde hat über die erfolgte Einreichung der Statuten und der Verzeichnisse, oder der Abänderungen derselben sofort eine Bescheinigung zu erteilen. Der königlichen Polizei in Berlin sind somit die Vorsteher, Ordner, Leiter und auch die Mitglieder der sogenannten „Antisemiten-Liga“ wohl bekannt, und da sich die angezogene Verordnung als eine solche schon durch ihren Titel einführt, welche die gesetzliche Freiheit und Ordnung des Vereinigungsrechtes gegen „Mißbrauch“ schützt, einen etwaigen Mißbrauch „verhüten“ will — so ist anzunehmen, daß die Aufsichtsbehörden die Statuten der neuen Liga einer ernstlichen Prüfung unterziehen werden. Es kommt hier auch der § 1 Alinea 2 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 in Betracht, wonach Vereine zu verboten sind, in denen auf „den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen“ gefährdenden Weise zu Tage treten.“ Den Vereinen stehen gleich Verbindungen jeder Art.“

Der Kuriosität halber theilen wir aus der „Morgenausgabe des „B. B.-C.“ und auf deren allerdings nicht selbständige Autorität hin Folgendes mit:

Wir sind in der glücklichen Lage, im Besitze der Statuten der Antisemiten-Liga zu sein. Dieselben sind gedruckt in der Buchdruckerei der „Deutschen Landeszeitung“. Wir geben einen Auszug aus diesen Statuten wieder, ohne ein Wort hinzuzufügen. Die „Statuten der Antisemiten-Liga“ lauten im Wesentlichen wie folgt:

I. Zweck des Vereins.

§ 1. Der unter dem Namen der „Antisemiten-Liga“ gegründete Verein von nichtjüdischen Männern hat den Zweck, die nichtjüdischen Deutschen aller Konfessionen, aller Parteien, aller Lebensstellungen zu einem gemeinsamen, innigen Verbande zu bringen, der, mit Unterstützung aller Sonderinteressen, aller politischen Differenzen, mit aller Energie, mit allem Ernst und Fleiß dem einen Ziele zustrebt, unser deutsches Vaterland vor der vollständigen Verjudung zu retten und den Nachkommen der Urbewohner den Aufenthalt in demselben erträglich zu machen.

§ 2. Er erstrebt dieses Ziel auf streng gesetzlichem Wege dadurch, daß er sich der weiteren Verdrängung des Germanentums durch das Judenthum mit allen erlaubten Mitteln widersetzt, daß er sich die Zurückdrängung der Semiten in die ihrer numerischen Stärke entsprechende Stellung zur Aufgabe macht, daß er das Germanentum von dem auf ihm lastenden Druck des jüdischen Einflusses in sozialer, politischer und kirchlicher Richtung befreit und den Kindern der Germanen ihr volles Recht zu Aemtern und Würden im deutschen Vaterlande sichert.

§ 3. Zur Erreichung dieses Zieles bedient er sich unter Anderem der folgenden Mittel:

- 1) Beginnigung nichtjüdischer Konkurrenten auf allen Gebieten und in allen Lebensstellungen.
- 2) Wesentliche und private Anregungen zur Beseitigung des jüdischen Uebergewichts in der kommunalen und Staatsverwaltung, in der Gesetzgebung und in der Gesellschaft, durch Belehrung, durch Unterstützung strebsamer junger Kräfte, durch Erziehung und Stipendien, durch Befreiung unglücklicher Opfer aus Wucherhänden etc.
- 3) Bekämpfung der jüdischen Presse durch Unterstützung und Gründung nichtjüdischer Journale, und endlich
- 4) Bildung exklusiver Zirkel, Klubbhäuser und dergl., zu welchen Juden der Zutritt nicht gestattet ist.

§ 4. Das Symbol des Vereins, den Glauben mit dem Vaterlande vereinend, ist das auf einem Eichenblatt ruhende Kreuz. Schon dieser Umstand beweist, daß der Verein in keiner Weise aggressiv vorgeht. Jede Gewaltthat, jede Hetze ist ihm fremd.

Politik ist in allen Versammlungen des Vereins ausgeschlossen.

II. Mitgliedschaft, Verwaltung und Sitz des Vereins.

§ 5. Die Mitglieder zerfallen in Berufene und Auserwählte. § 6. Berufener kann jeder anständige, nichtjüdische Mann von 24 Jahren werden, der des Schreibens und Lesens kundig ist und Garantien dafür bietet, daß er dem Verein de Zieles wegen und nicht aus eitel Neugier oder aus unlauteren Absichten beitritt. Ausnahmeweise können auch Männer unter 24 Jahren aufgenommen werden.

§ 7. Der Aufzunehmende hat sich beim Bureau des Vereins schriftlich zu melden, seine mit eigener Namensunterschrift versehene Photographie einzureichen und muß sich auf zwei Berufene oder einen Auserwählten beziehen können.

Bei zujagendem Bescheid wird ihm die mit dem Vereinsstempel versehene Photographie zurückgesandt und das Symbol des Vereins übergeben. Beides dient ihm bei Versammlungen oder dem Einzelnen gegenüber als Legitimation.

§ 12. Nur den Auserwählten, nicht aber den Berufenen ist die Mitwirkung in der Verwaltung des Vereins gestattet.

§ 13. Jedes berufene Mitglied, das wenigstens sechs Monate dem Verein angehört, und sitz um den Verein wohl verdient gemacht hat, wird auf eigenen Antrag in die Zahl der Auserwählten aufgenommen.

Auf Antrag von wenigstens 3 Auserwählten, und unter Bürgschaft derselben, können Berufene, und namentlich Ehrenmitglieder, auch Auserwählte werden, ohne die vorerwähnte Probezeit bestehen zu

Produkten-Preis.

Berlin, 17. Oktober. Weizen pr. 1000 Kilo loco 205-240 M. nach Qualität gef. Gering gelber Markt. M. ab Rahn bezahl. Regulirungspreis f. d. Kündigung 235 M. Gefündigt 2,000 Ctr. Per Okt. 234-235 1/2 bez., per Okt.-Nov. 234-235 1/2 bez., per Nov.-Dez. 234-235 1/2 bez., per Dez.-Jan. - bez., per Januar-Februar - bez., per April-Mai 244-246-245 1/2 bez., per Mai-Juni 245 1/2-247 bezahl. Roggen per 1000 Kilo loco 150-172 M. nach Qualität gef. Feiner Russ. - a. R. bez. Inland. 168-170 M. a. B. bez. Russischer 150-150 1/2 M. ab Rahn bezahl. - Regulirungspreis f. d. Kündigung 151 1/2 M. bezahl. Gefündigt 42,000 Ctr. Per Oktober 151-152 1/2 bez., per Okt.-Nov. 151-152 1/2 bezahl., per November-Dezember 153 1/2-155 bez., per Dez.-Jan. 156-157 1/2 bezahl., per Januar-Februar 158 1/2 bis 159 1/2 bez., per April-Mai 164 1/2-166 bez., per Mai-Juni 163 1/2-165 bezahl. - Gerste per 1000 Kilo loco 140-185 nach Qualität gefordert. - Hafer per 1000 Kilo loco 122-153 nach Qualität gefordert. Russischer 127-136 bez., Pommerischer 130-140 bez., Ost- u. Westpreussischer 128-140 bez., Schlesiener 127-136 bez., Böhmischer 135-140 bezahl., Galizischer - bez. Gefündigt - Ctr. - Regulirungspreis - bezahl. Per Oktober 133 bezahl., per Oktober-November 133 M., per November-Dezember 133 M., per April-Mai 145 1/2-146 bez., - Erbsen per 1000 Kilo Kochwaare 171-200 M., Futterwaare 160-170 M. - Mais per 1000 Kilo loco 136-140 bez. nach Qualität. Rumänischer - ab Bahn bezahl., Amerikanischer 137 ab Bahn bez. - Weizenmehl per 100 Kilo brutto 00: 32,50 bis 30,00 M., 0: 30,00-29,00 M., 0/1: 29,00-27,50 M. - Roggenmehl infl. Sack 0: 23,75-22,25 M., 0/1: 22,00-21,00 M., per Oktober 21,90-22,00 bez., per Okt.-Nov. 21,90-22,00 bezahl., per November-Dezember 21,90-22,05 bez., per Dezember-Januar 22,15-22,30 bez., per Jan.-Febr. 22,40-22,50 bez., per April-Mai 23,20-23,40 bezahl., Gefündigt 500 Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung 22 bezahl.

- Delfaat per 1000 Kilo Winter-Raps 210-235 Mark S.O. - b., N.D. - b., Winter-Rüben 205-228 M. S.O. - b., N.D. - b. - Rüböl per 100 Kilo loco ohne Fass 54,8 M., flüssig - M., mit Fass - M., per Oktober 54,8-53,0 bez., per Okt.-November 54,8-55,0 bez., per November-Dezember 54,8-55,0 bez., per Dez. 55-55,1 b., per Jan.-Febr. - bez., per April-Mai 57-57,5-57,4 bez., per Mai-Juni 57,2-57,7 bezahl. - Gefündigt. - Centner - Regulirungspreis für die Kündigung - bez. gestern - b. - Leinöl per 100 Kilo loco 60 1/2 M. - Petroleum per 100 Kilo loco 25,0 Mark, per Oktober 24,6 bezahl., per Oktober-November 24,6 bezahl., per Nov.-Dezember 24,6 bezahl., per Dezember-Januar 25,0 M., per Januar-Februar 25,7 bezahl. - Gefündigt - Ctr. Regulirungspreis für die Kündigung - bez. - Spiritus per 100 Liter loco ohne Fass 55,0 bezahl., per Oktober 54,8-54,6-55,8 bez., per Oktober-November 54,8-54,6-55,8 bezahl., per November-Dezember 54,9 bis 54,7-56,1 bezahl., per Dezember-Januar - bezahl., per April-Mai 57,5-57,2-58,4 bezahl., per Mai-Juni 57,7-57,4-58,6 bezahl. Gefündigt 70,000 Liter. Regulirungspreis für die Kündigung 55 bezahl. (B. B. 3.)

Stettin, 17. Oktober. (An der Börse.) Wetter: Schön. Temp. + 5° N. Morgens - 2° N. Barometer 23,5. Wind: NW. Weizen, Anfangs fester, Schluss matt, per 1000 Kilo loco gelber inland. 210-226 M., weißer 215 bis 230 M., per Oktober 230 M. nom., per Oktober-November 230 bis 229,5 M. bez., per November-Dezember 229,5 M. bez., per Frühjahr 240-238,5 M. bez. - Roggen, Anfang fest, Schluss flau, per 1000 Kilo loco inlandischer 152 bis 158 M., Russischer 145 bis 150 M., per Oktober 148 M. nom., per Oktober-November 148 bis 147,5 M. bez., per November-Dezember 148-147,5 M. bez., per Frühjahr 159-157,5 M. bez. - Gerste unverändert, per 1000 Kilo loco Brau- 150-154 M., Futter- 132-140 M., Chevalier 170-176 M. - Hafer stille, per 1000 Kilo

loco inland. 129 bis 138 M., Russischer 120-128 M. - Erbsen stille, per 1000 Kilo loco Futter- 140-146 M. - Wintererbsen unverändert, per 1000 Kilo loco 215 bis 235 Mark, per Oktober - M. bez., per April-Mai 256 M. bez. - Wintererbsen per 1000 Kilo loco 220-240 M. - Rüböl behauptet, per 100 Kilo loco ohne Fass bei Kleinigkeiten 56 M. Br., per Oktober 55 M. Br., per Oktober-Novbr. do., per April-Mai 57 M. bez. - Spiritus fest, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Fass 54,3 M. bez., per Oktober, Oktober-November und November-Dezember 53,8 M. Br. u. Gd., per Dezember-Januar 54 M. bez. u. Gd., per Frühjahr 56,2 bis 56,6 M. bez., per Mai-Juni 57,3 M. bez. - Angemeldet: 1000 Ctr. Weizen, 1000 Ctr. Roggen. - Regulirungs-Preise: Weizen 230 M., Roggen 148 M., Rüböl 55 M., Spiritus 53,8 M. - Petroleum fest und höher, loco 11,75 M. vers. bez., Regulirungspreis 8 M. tr., Oktober 7,85 M. tr. bez. (Dittze-3tg.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1879.

Table with columns: Datum, Stunde, Barometer 260 über der Döse, Thermometer, Wind, Wolkenform. Data for 17. Okt. and 18. Okt.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. Oktober Mittags 0,56 Meter. = 17. = 0,58 =

Berlin, 17. Oktober. Die Meldungen der auswärtigen Börsen haben wenig Anregung geboten; die Haltung der pariter Börse bleibt unentschieden und ebenso eröffnete auch hier der heutige Verkehr. Die internationalen Werthe waren anfangs vernachlässigt und zeigten gegen gestern höchst unbedeutende Veränderungen. Doch lagen Kreditaktien und Renten verhältnismäßig fest. Rumänien zogen angeblich auf buchstäblichster Käufe an. Vor allem trat heute der lokale Markt in den Vordergrund. Rheinische Eisenbahn-Aktien waren auf die Erwartung eines

Gebotes von 6 1/2 Prozent Rente begehrt und Oberschlesische beliebt. Auch andere Eisenbahnwerthe erfreuten sich einiger Beachtung und lagen fest; nur die Aktien von Laurahütte waren anfangs matt, weil sich die gestrigen in Umlauf gebrachten günstigen Gerüchte nicht bestätigten. Uebrigens hielt sich der Bergwerks-Aktienmarkt trotz der matten Eisenpreise ziemlich gut. Banken fanden nur vereinzelt Beachtung und Industrierwerthe blieben im allgemeinen vernachlässigt, hielten sich aber fest. Anlagewerthe konnten als behauptet bezeichnet werden, namentlich deutsche

Anleihen, aber auch ausländische Eisenbahn-Obligationen und fremde Renten waren behauptet, aber ruhig. - Die zweite Stunde verlief recht fest und ziemlich lebhaft; im Vordergrund standen fortgesetzt Rheinische, Oberschlesische und Rumänier. Neu eingeführt wurden Breslau-Warschauer Stammprioritäten zum Course von 99 pSt. Per Ultimo notirte man: Franzosen 459,50-8,50-9,50, Lombarden 139, Kreditaktien 460-459,50-62-461, Diskonto-Kommandit-Antheile 166,10-5,60. Potsdamer zogen 4 an. Der Schluss war fester.

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 17. Oktober 1879.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table of Prussian financial instruments including Consol. Anleihe, Staats-Anleihe, Stadt-Obl., Pfandbriefe, Rentenbriefe, etc.

Ausländische Fonds.

Table of foreign financial instruments including Amerik. rdt., Romm. III. rdt., Russ. Anleihe, etc.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table of bank and credit stocks including Badische Bank, Bf. f. Rheinl. u. Westf., Berl. Handels-Ges., etc.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.

Table of railway stocks including Aachen-Maastricht, Altona-Riel, Bergisch-Märkische, etc.

Industrie-Aktien.

Table of industrial stocks including Brauerei Pagenhof, Dannenb. Rattun, Deutsche Bauges., etc.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table of railway priorities including Altona-Riel, Berlin-Dresden, Breslau-Warschau, etc.

Eisenbahn-Prioritäten-Obligationen.

Table of railway priority obligations including Aach.-Maastricht, Berg.-Märkische, etc.

Ausländische Prioritäten.

Table of foreign priorities including Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwigl., etc.